



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

NOVEMBER 2016



THEMEN

SEXUALSTRAFRECHT * VÖLKERSTRAFRECHT * TUNESIEN *
SYRIENEINSATZ * WORPSWEDE * MOSKAU * USA * MEINE
REGION



INHALT

Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 04 SEXUALSTRAFRECHT * VÖLKERSTRAFRECHT
Seite 05 TUNESIEN * SYRIENEINSATZ Seite 06 WORPSWEDE * MOSKAU * USA
Seite 07 MEINE REGION



LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

man war schon irgendwie froh, dass die Sonne auch am 09.November wieder aufging, obwohl diese Welt mit einem Mal eine andere zu sein scheint. Auch in dem am Wahltag umkämpften sunshine state Florida, wo ich am Tag zuvor als OSZE Wahlbeobachterin die Präsidentschaftswahlen beobachtet hatte. Ich bin an diesem Tag in einem Land aufgewacht, wo die Hälfte der Menschen entgeistert und verstört feststellen musste, dass ihr Land ein anderes geworden ist. Und ich fühlte mich auch gar nicht gut dabei, sie einfach zurück zu lassen und nach Hause zu fliegen. Selten habe ich mich so gefreut wieder in meinem Parlament, in unserem schönen Reichstag zu sitzen. Aber die Wahl eines Populisten zum amerikanischen Präsidenten stellt auch uns vor große Herausforderungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Vormarsch der Populisten auch in Europa an Fahrt aufnimmt und dass so jemand tatsächlich eine Wahl gewinnen kann. Das Zeitfenster, das uns bleibt, uns diesen Bewegungen entgegen zu stellen ist möglicherweise kürzer, als wir wahrhaben wollen. Die sozialpolitischen Antworten der Clinton Kampagne kamen jedenfalls zu spät um noch gehört zu werden. Wut und Hass sind über sie hinweg gegangen.

Auf dem Parteitag in Münster haben wir uns auch gleich zu Beginn mit der neuen Lage auseinander gesetzt. Einige Kommentatoren haben kritisiert, dass wir uns mit alten Streitfragen befassen, während draußen die Welt brennt. Den Vorwurf können wir aber gut parieren, denn der [Beschluss](#) zum sozialen Zusammenhalt befasste sich genau mit den entscheidenden Fragen.



Wir sind uns alle einig, dass wir Vermögende in diesem Land mehr an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen müssen. Wie wir dies im Einzelnen durchsetzen, wird dann ggf. in einer Koalition zu klären sein. Aus meiner Sicht war aber eine der wichtigsten Entscheidungen die zur Kindergrundsicherung und zum Ehegattensplitting. Neu ist dabei keinesfalls, dass wir das Ehegattensplitting abschaffen, sondern dass wir uns dazu entschlossen haben dies nur für die Zukunft zu tun und nicht für diejenigen, die bereits verheiratet sind. Ich habe vor der BDK intensiv [für diese Entscheidung](#) geworben.

In der Rechts- und Innenpolitik vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Strafverschärfungen oder populistische Verbote in die Debatte geworfen werden. Zu jedem gesellschaftlichen Problem fällt der großen Koalition ein neues Strafgesetz ein, mit dem man auf den Tisch hauen und Stärke simulieren will. Dabei wird übersehen, dass sich der Effekt schnell abnutzt und die Dosis immer höher wird mit der man das vermeintliche Sicherheitsgefühl herbeiführen will. Der freiheitliche Rechtsstaat wird diesem Sicherheitsbedürfnis untergeordnet. Wer aber die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren! Als linke progressive Partei kommt uns immer mehr die ungewohnte Aufgabe zu, den Rechtsstaat gegen rechts zu verteidigen statt ihn von links zu reformieren.

Klar ist aber auch: der notwendige ökologische Umbau unserer Gesellschaft von Energiewende bis Elektromobilität wird ohne uns nicht gelingen. Das hat die große Koalition im letzten Jahr eindeutig unter Beweis gestellt.

In den Bundestagswahlkampf werden wir bewusst ohne feste Koalitionsaussage ziehen. Das ist wichtig und richtig, selbst wenn wir uns gegen den Vorwurf der Beliebigkeit wehren müssen. Denn das Schlimmste was diesem Land passieren kann ist die Alternativlosigkeit der ewigen großen Koalition, die Wasser auf die Mühlen der Populisten wäre. Dabei ist uns bewusst, dass es gerade mit der CSU, aber auch mit den Linken nicht einfach werden würde zu verhandeln. Es aber wenigstens zu versuchen, wäre bei einem entsprechenden Wahlergebnis in Anbetracht der politischen Verhältnisse das Mindeste, was wir tun können.

Damit es überhaupt eine Alternative geben kann, werden wir für unsere grünen Werte und Ziele werben und damit, dass eine andere Koalition nur möglich ist, wenn Grüne stark genug werden.

In diesem Sinne,

Eure/Ihre 



SEXUALSTRAFRECHT

Am Ende des langwierigen Gesetzgebungsprozesses hat die Koalition dann tatsächlich unsere Formulierung für einen neuen Grundtatbestand übernommen. Das ist für uns als Opposition ein großer Erfolg, auch wenn die Mehrheitsfraktionen das niemals zugeben würden.

Leider hat die CSU noch einen völlig absurden und verfassungswidrigen Straftatbestand mit in das Paket hinein verhandelt, den wir durch eine getrennte Abstimmung ablehnen mussten.

Lesen Sie [hier](#) meine Rede.

Sehen Sie [das Video](#) zu meiner Rede.

Hören Sie [hier mein Interview](#) im Deutschlandfunk.

VÖLKERSTRAFRECHT

Das Völkerstrafrecht war im letzten Halbjahr gleich dreimal Thema im Bundestag. Zum einen hatten wir eine Anhörung im Rechtsausschuss zu unserem Antrag im Hinblick auf Anpassungen in der deutschen Strafprozessordnung durchgeführt und zum anderen haben wir Ermittlungen im Hinblick auf die schweren Menschenrechtsverbrechen in Syrien und im Irak eingefordert. Auch die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht. Dabei werden aber nicht alle gleich behandelt..

Lesen Sie unsere Anträge hier:

▶ [Antrag Völkerrecht](#)

▶ [Antrag Grünes Völkerstrafrecht](#)

▶ [Meine Rede zum Gesetzentwurf der Regierung](#)



TUNESIEN

Tunesien ist das Land, auf das all unsere Hoffnung ruht, wenn es darum geht eine rechtsstaatliche Demokratie in einem arabischen Land aufzubauen. Dafür braucht Tunesien unsere Unterstützung.

Gemeinsam mit zwei weiteren KollegInnen aus dem Rechtsausschuss haben wir unsere KollegInnen in Tunis und die im Aufbau befindlichen rechtsstaatlichen Institutionen des Landes besucht. Lesen Sie meinen Reisebericht

► [hier](#)

Beim Besuch einer Richter-Hochschule mit (v.R.) deren Leiter, Mohamed Taher Hamdi, meiner Abgeordnetenkollegin Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU) und der Leiterin der Abteilung Fortbildung, Frau Thouraya Jribi.



SYRIENEINSATZ

Nach nur 10 Monaten hat uns die Bundesregierung das Syrienmandat erneut zur Verlängerung und zur Erweiterung um AWACS Flugzeuge zur Abstimmung vorgelegt. Nach wie vor gibt es keine verfassungsrechtliche Grundlage für dieses Mandat.

Auf meine Nachfragen im letzten Halbjahr hat die Bundesregierung stets behauptet, sie wisse nichts über die konkreten Wirkungen, Erfolge oder zivile Opfer dieses multilateralen Einsatzes einer Koalition der Willigen. Wer sich aber an der Bombardierung von Zielen in Syrien beteiligt darf sich hinsichtlich der Auswirkungen nicht in Unwissen hüllen.

► [Hier](#) sehen Sie eine Videoaufzeichnung meiner mündliche Frage:

► [Auszug](#) aus dem Plenarprotokoll

Meine schriftlichen Fragen zum Thema und die Antwort der Bundesregierung lesen Sie hier

► [1. Frage Nr. 56 und 57 vom April 2016](#)

► [2.Frage 23 vom September 2016](#)



▶ WORPSWEDE

Anlässlich der Ausstellungseröffnung des Kunstpreises Worpswede 2016 mit dem Titel „Gewalt Macht Herrscher“ durfte ich eine friedenspolitische Rede halten, was ich sehr gerne übernommen habe.

▶ [Text der Rede](#) ▶ [Videoaufzeichnung](#)



▶ MOSKAU

Hier im Gespräch mit Ruslan Puchow, Direktor eines sicherheitspolitischen Instituts (CAST), sowie meinen Kollegen Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU), Robert Hochbaum (CDU/CSU) und der Kollegin Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD).



Mit dem Unterausschuss Abrüstung konnte ich im Oktober zu Gesprächen nach Russland fahren.

Meinen Reisebericht lesen Sie ▶ [hier](#)

▶ USA

Im November habe ich als OSZE Wahlbeobachterin die US Wahlen vor Ort beobachten können.

Lesen Sie ▶ [hier](#) meinen Reisebericht.





MEINE REGION

▶ FLUCHTURSACHEN STATT FLÜCHTLINGE BEKÄMPFEN!



Im Kommunikationszentrum Alte Polizei, Stadthagen, bei einer Podiumsdiskussion zum Thema mit meinen Gästen Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat, Sebastian Gräfe von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Houriya Ben Ali, IPS-Stipendiatin aus Tunesien und Entwicklungshelfer Gerhard Frese

Die Bundesregierung möchte am liebsten den Rest der Welt zum sicheren Drittstaat erklären. Damit können die Tragödien und Probleme nicht wegdiskutiert werden. Durch Berichte aus Afghanistan, dem Sudan und Tunesien wurde deutlich, dass wir in Europa nur einen sehr kleinen Teil der Flüchtlingsströme unmittelbar wahrnehmen. Länder zu stabilisieren ist hundert mal schwerer als sie zu destabilisieren. Hiermit haben wir uns auch in der Bundestagsfraktion ausführlich auseinander gesetzt.

Lesen Sie ▶ [hier](#) unseren Antrag.



▶ GLOBALE WIRTSCHAFT – GLOBALE VERANTWORTUNG?



Christian Schubert, Leiter des Berliner Büros (Communications & Government Relations BASF Group), Thorsten Pinkenpank, Director Sustainability Relations (Sustainability Strategy), Katja Keul, Dr. Martin Kraum, Werkleiter BASF-Emissionskatalysatorenwerk Nienburg,

Im Anschluss an eine Betriebsbesichtigung des Nienburger BASF-Katalysatorenwerks hatte ich Gelegenheit im Gespräch mit Werksleitung und Management-Vertretern Fragen zu Ethik, Menschenrechten und sozialer Verantwortung des Konzerns zu stellen, die insbesondere Platinlieferungen aus Südafrika betreffen, welche unter anderem in BASF-Produkten aus Nienburg zum Einsatz kommen. Beim Massaker in Marikana, Südafrika, wurden im Jahr 2012 von Sicherheitskräften 34 streikende Arbeiter der Platin-Mine des Rohstofflieferanten Lonmin erschossen und 70 weitere teils schwer verletzten. Über die Hälfte des Platins aus dieser Mine wird von BASF abgenommen und unter anderem für das Katalysatoren-Werk in Nienburg benötigt.

Am 2. Februar 2017 wird die Stiftung Leben und Umwelt auf meine Anregung hin um 19 Uhr im Nienburger Kulturwerk eine Veranstaltung durchführen, bei der das Thema diskutiert wird. Neben mir werden unter anderem Vertreter von BASF, der Kritischen Aktionäre und der Evangelischen Kirche auf dem Podium über globale Wirtschaft und globale Verantwortung sprechen.

▶ [Pressemitteilung](#) ▶ [Miners shot down](#) ▶ [Panorama](#)

▶ MIT VERTRETERINNEN DER BETREUUNGSVEREINE BEI UNSERER JUSTIZMINISTERIN

Betreuungshilfevereine haben immer größere Schwierigkeiten bundesweit die Unterstützung der ehrenamtlichen BetreuerInnen finanziell abzusichern. Gemeinsam mit dem Verband der niedersächsischen Betreuungshilfevereine und unserer Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz haben wir die Lage analysiert und uns Gedanken über Lösungsansätze gemacht.

Eine Pressemitteilung des Bundesverbandes der BetreuerInnen können Sie [hier](#) nachlesen

Mit Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz,
Hennes Göers,
Carola Friedrichs-Heise und
Martina Schulz-Polat





► EIN SIEG FÜR BAD NENNDORF UND DIE DEMOKRATIE

Das war nach Jahren ein völlig neues Gefühl, am ersten August-Samstag in Bad Nenndorf zu sein ohne Naziaufmarsch.

Am Rande der Kundgebung mit
 Grünen aus dem benachbarten
 Barsinghausen und unserer
 Fraktionsvorsitzenden im Landtag,
 Anja Piel



Erstmals seit 2006 gehörten in diesem Jahr am ersten Samstag im August die Bahnhofstraße und der Platz vorm Wincklerbad wieder ganz den Bürgerinnen und Bürgern Bad Nenndorfs. Die Nazis sagten den so genannten „Trauermarsch“, mit dem sie die Kurstadt Jahr für Jahr terrorisierten, endlich ab.

Ein großartiger Erfolg von Zivilcourage und Engagement der Demokratinnen und Demokraten, die die braune Heldenverehrung Jahr für Jahr mit buntem Widerstand zum missglückten Spektakel für die aus ganz Deutschland angereisten Nazis machten. Kein Grund nicht weiter wachsam zu bleiben, aber allemal einer um an diesem Tag zu feiern.

► KOMMUNALWAHLKAMPF IN NIEDERSACHSEN

Nach den gewaltigen Zuwächsen von 2011 vor dem Hintergrund der Fukushima-Katastrophe erwarteten viele einen Absturz der Grünen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen. Der blieb aus. Leichte Verluste kennzeichnen das Gesamtbild. Stellenweise konnten wir das hohe Niveau halten oder leicht ausbauen.

In Auetal (rechtes Bild) bescheinigte selbst ► [die lokale Presse](#) den Grünen beste Laune und in Uchte kam es zu einem völlig unerwarteten Wiedersehen:

Nach den gewaltigen Zuwächsen von 2011 vor dem Hintergrund der Fukushima-Katastrophe erwarteten viele einen Absturz der Grünen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen. Der blieb aus. Leichte Verluste kennzeichnen das Gesamtbild. Stellenweise konnten wir das hohe Niveau halten oder leicht ausbauen.



Mohammad Shehwarow, Flüchtling aus Syrien, hatte ich noch am Montag im Reichstagsgebäude in Berlin als Teilnehmer [► einer politischen Informationsreise nach Berlin](#) begrüßen können, zu der ich Flüchtlinge und HelferInnen eingeladen hatte. Am Samstag trafen wir uns am Stand der Grünen vor der WEZ-Filiale in Uchte wieder, als er einkaufen wollte.

► GÄSTE IN BERLIN

Gäste aus meinem Wahlkreis, darunter auch Flüchtlinge aus Schaumburg und deren Integrations-Helferinnen und -Helfer konnte ich im Juni in Berlin begrüßen. Diese Besuchergruppe bekam alles andere als Alltägliches im Plenum des Bundestags geboten:



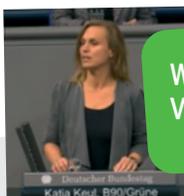
Die Opposition hatte im Plenum eine Mehrheit und nutzte diese für einen Geschäftsordnungsantrag. Hintergrund: In einer Fragestunde wurde die Bundesregierung zu Berichten von Menschenrechtsorganisationen über Schüsse auf Zivilisten, möglicherweise Flüchtlinge, an der türkisch-syrischen

Grenze befragt. Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, betonte, dass der Regierung hierüber keine Erkenntnisse vorlägen.

Das wollte die Opposition dem Staatsminister angesichts massivster Luftaufklärung unter deutscher Beteiligung mit AWACS und Tornados nicht abnehmen. Schließlich stellte ich einen Antrag zur Geschäftsordnung, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ins Plenum zu bitten, um für Aufklärung zu sorgen. Ob sich zu viele der Abgeordneten der Regierungsparteien ihrer Mehrheit zu sicher waren oder einfach nur den quälenden Fragen der Opposition entgehen wollten bleibt Spekulation.

Im Plenarsaal hatte die Opposition jedenfalls eine Stimme Mehrheit. Die Sitzung musste unterbrochen werden, um die Verteidigungsministerin ins Parlament zu bitten.

► [Videoaufzeichnung](#)



**WEITERE REDEN
 VON KAJTA KEUL**



- [Rede zur Lage in der Westsahara, 12.05.2016](#) ► [Video](#)
- [Rede zur Gesetzgebung gegen Menschenhandel, 02.06.2016](#) ► [Video](#)
- [Rede zum Abstammungsrecht, 02.06.2016](#) ► [Video](#)
- [Rede zur Reform der Bundesrichterwahl, 09.06.2016](#) ► [Video](#)
- [Rede zu Volksabstimmungen, 09.06.2016](#) ► [Video](#)
- [Rede zur Gesetzgebung gegen Menschenhandel, 07.07.2016](#) ► [Video](#)
- [Rede zur Reform des Sachverständigenrechts, 07.07.2016](#)
- [Rede zur Elektronischen Akte in Strafsachen vom 22.9.2016](#)
- [Rede zum Gesetz zur Europäischen Kontopfändungsverordnung vom 22.09.2016](#)
- [Rede zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie vom 22.09.2016](#)
- [Rede zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellungen, 20.10.2016](#)
- [Rede zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Insolvenzordnung, 20.10.2016](#)



Die Wahlkreisversammlung der Grünen meines Wahlkreises 40 (Nienburg/Schaumburg) hat mich einstimmig als Kandidatin für die Bundestagswahl im kommenden Jahr gewählt.

Ich danke allen für ihr Vertrauen und verspreche alles zu tun, diesem auch in Zukunft gerecht zu werden!

► www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591
Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB
Wallstraße 2a, 31582 Nienburg
T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56
Katja.Keul@wk.bundestag.de

Bilder: pixabay; taube:shutterstock.com;